

# Politisch gewollt

## Klagen über Bürgerhaus-Defizite, aber keine Taten / Beschluss aufgehoben

Von Michael Hofmann

**SELIGENSTADT** ■ Die drei Seligenstädter Bürgerhäuser bleiben ein Verlustgeschäft. Daran ändert auch die im Juni einstimmig vollzogene Aufhebung eines unerledigten Beschlusses aus dem Jahre 2005 nichts, endlich ein Betriebskonzept zu erarbeiten. Das kam nie zustande, obwohl seit vielen Jahren eine Expertise in den Rathausregalen schlummert.

Der Kulturbetrieb ist - auch in Seligenstadt - ein Verlustgeschäft. Ohne das große Engagement der Vereine wäre das allseits gelobte, vielseitige und anspruchsvolle Angebot ohnehin kaum zu leisten. Die Stadt trägt, unter anderem, die Kosten für die drei Bürgerhäuser. Da die jährlichen Erträge die 65 000-Euro-Marke nicht erreichen, die Aufwendungen aber um ein Vielfaches höher liegen, stehen Betrieb und Organisation der drei Saalbauten in Kernstadt (Riesensaal) und den beiden Stadtteilen seit Jahren in der Diskussion - allein: Getan hat sich nicht viel. Den Erträgen stehen nach wie vor erhebliche Aufwendungen gegenüber, für das laufende Jahr im Bereich von 820 000 Euro, sodass letztlich ein Minus von 755 000 Euro zu Buche steht. Das festgestellte Jahresdefizit des Jahres 2016 betrug gar fast 965 000 Euro. Indirekte Subvention, sagt Bürgermeister Dr. Daniell Bastian: „Eine politisch gewollte Entscheidung.“

Bereits im September 2005 gaben die Seligenstädter Parlamentarier per Beschluss ein „Betriebskonzept für die Bürgerhäuser“ in Auftrag. Doch Papier ist geduldig. Vor allem der Grünen-Politiker Peter Störk bezichtigte die Verwaltung in den Folgejahren regelmäßig der Untätigkeit - ohne großen Erfolg. Zuletzt also hob die Stadtverordnetenversammlung den Be-



Seligenstadts „Gud Stubb“, der Riesensaal: Die jährlichen Erträge bleiben weit hinter den Aufwendungen zurück, das Defizit ist erheblich. ■ Foto: mho

schluss vom 19. September 2005 im Juni ersatzlos auf - nach 13 nahezu jungfräulichen Jahren.

Parallel ist übrigens seit Februar 2012 noch eine FWS-Initiative im Rennen, „Maßnahmen zur Steigerung der ordentlichen Erträge und zur Reduzierung der ordentlichen Aufwendungen“ zu sammeln. Doch sagt die Verwaltung, dies sei „aufgrund der personellen Engpässe im Bereich Bürgerhausverwaltung“ noch nicht machbar gewesen, soll aber „so schnell wie möglich den Gremien vorgelegt werden.“

In all den Jahren davor gab es immer wieder Überlegungen die defizitären Häuser auf den Prüfstand zu stellen. Die Palette reichte von erhöhten Benutzungsgebühren über optimierte Bewirtschaftung und externes Management bis zur Privatisierung. Doch Taten folgten den Worten nicht. Konkreter wurde der Ansatz, als Professor Dr. Christoph Motzko (TU Darmstadt) und sein Team, vereint mit Analysten der Nassauischen Heimstätte, ab An-

fang 2006 zweieinhalb Jahre lang Archiv-Unterlagen, Gebäudenkataloge und Abrechnungen wälzten, die örtliche Demografie, die Entwicklung des Vereinswesens, die Geschichte und die Architektur der drei Bürgerhäuser studierten.

Im Herbst 2008 stellten sie ihre Ergebnisse dem Publikum im großen Rathausaal vor. In den Mittelpunkt stellten Motzko und Kollegen damals das Verhältnis zwischen Bedarf und Bestand. Bürgerhäuser brauche die Stadt - ob allerdings drei große Mehrzweckbauten angemessen seien, das müsse eben auf der ermittelten Datengrundlage die Politik entscheiden. Alle drei Versammlungsräume sind vor der Gebietsreform entstanden - der Riesensaal als Gaststätten-Festlokal bereits 1911, das Bürgerhaus Kleinwelzheim 1967 und Froschhausen 1976. Alle drei Häuser wurden Ende der 80er oder Anfang der 90er Jahre modernisiert und teils erweitert. Und alle weisen immer wieder Sanierungsbedarf auf. Für das laufende Jahr beispiels-

weise zusammen rund 260 000 Euro.

Schwächen entdeckten die Experten (schon) damals in der Bewirtschaftung: Der Prozess der Vermietung und Abnahme sei umständlich, personal- und kostenintensiv. Es frage sich auch, ob in jedem Stadtteil jede denkbare Nutzungsform nötig sei und wie sich die Auslastung der Häuser im Vergleich zu anderen Versammlungsorten (Kirchen- oder Vereinsdomizile) verhalte. Auch eine Überarbeitung der teilweise niedrigen Nutzungsgebühren stellte Motzko damals zur Diskussion, außerdem einige „Radikalooptionen“: Abriss aller drei Bürgerhäuser, dann Neubau eines zentralen Veranstaltungsorts. Oder Aufgabe eines Standorts zugunsten der beiden anderen.

Parlamentarier-Schelten, die Verwaltung sei beim Betriebskonzept-Beschluss untätig, hielt Nonn-Adams gern entgegen, die Stadt verfüge ja über die Motzko-Expertise, doch habe sich noch keine einzige Fraktion für deren Inhalte interessiert.